

Kampf gegen Antisemitismus

Der Bundesrat unterstützt die Strategie der Europäischen Union, um Antisemitismus zu bekämpfen. „Wir Demokraten in Baden-Württemberg, in Deutschland und in ganz Europa, kämpfen entschlossen, jüdisches Leben zu schützen und auf Antisemiten aufzustehen. Leider ist der aufkeimende Antisemitismus kein regionales Problem. Er zeigt sein hässliches Gesicht über die nationalen Grenzen. Daher müssen wir als Mitgliedstaaten zusammenarbeiten und für ein Europa ohne Antisemitismus zusammenstellen. Die Vergangenheit, was passiert ist, darf nicht vergessen werden – wir müssen die Erinnerung an den Holocaust am Leben halten, der Holocaust muss an uns immer als Erinnerung dienen. Nur wenn sich Juden anfühlen und in Deutschland sicher …

Der Bundesrat unterstützt die Strategie der Europäischen Union, um Antisemitismus zu bekämpfen.

„Wir Demokraten in Baden-Württemberg, in Deutschland und in ganz Europa, kämpfen entschlossen, jüdisches Leben zu schützen und auf Antisemiten aufzustehen. Leider ist der aufkeimende Antisemitismus kein regionales Problem. Er zeigt sein hässliches Gesicht über die nationalen Grenzen. Daher müssen wir als Mitgliedstaaten zusammenarbeiten und für ein Europa ohne Antisemitismus zusammenstellen. Die Vergangenheit, was passiert ist, darf nicht vergessen werden – wir müssen die Erinnerung an den Holocaust am Leben halten, der Holocaust muss an uns immer als Erinnerung dienen. Nur wenn sich Juden anfühlen und in Deutschland sicher sind, werden wir in der Lage sein, unsere historische Verantwortung

zu erfüllen „, sagte der stellvertretende Premierminister und der Innenminister **Thomas Strobel** in der Sitzung des Bundesrates.

Ein Zeichen gegen Antisemitismus

Mit der heute getroffenen Entscheidung das **Bundesrat** ausdrücklich für das **EU-Strategie zur Bekämpfung von Antisemitismus und förderndes jüdisches Leben** (2021-2030) und unterstützt das Sorge, die Harmonisierung auf europäischer Ebene in den kommenden Jahren fortzusetzen, den Anti-Semitismus effektiv und nachhaltig zu bekämpfen und das jüdische Leben zu fördern. „Wir haben bereits im Dezember einen umfassenden Ansatz in der Innenministerkonferenz in Stuttgart betont: Wir haben das in der Stuttgarter Synagoge **Stuttgart-Erklärung der Konferenz der Innenminister** vor Hass und Bewegung geliefert. Wir sprachen mit einer starken Stimme und bekräftigten unser gemeinsames Engagement im Kampf gegen Hass und Hassrede – online und offline „, erklärte Minister Thomas Strobl.

Bestimmt gegen Hass- und Hassrede

Baden-Württemberg hat bereits ein weitreichendes Maßnahmenpaket entwickelt, um antisemitische Hassrede und Hassverbrechen zu bekämpfen und den Schutz jüdischer Institutionen zu verbessern. „Landkonzepte wie diese können als Modell dienen und für weitere Projekte berücksichtigt werden. Um nur drei Beispiele zu nennen: In Baden-Württemberg, haben wir vor mehr als vor einem Jahr die erste Polizei-Rabbi national ernannt. Seitdem haben diese an allen potenziellen Polizeibeamten Wissen über die Vielfalt des jüdischen Lebens in Deutschland vermittelt. Die Polizei-Rabbiner sind auch an der psychosozialen Pflege von Polizeiangehörigen und ihrer Familien beteiligt. Wir haben auch sehr spezifische Investitionen in die strukturelle Sicherheit in Baden-Württemberg gemacht, und bei meinem Vorschlag haben wir den israelischen religiösen Gemeinschaften insgesamt rund drei Millionen Euro zur Verfügung gestellt, um Sicherheitsmaßnahmen bei jüdischen /

israelitischen Institutionen zu unterstützen. Mit unserem Kabinettausschuss „entschlossen gegen Hass- und Hassrede“, schickte die staatliche Regierung kürzlich ein starkes Signal gegen Hass- und Hassrede: Wir nehmen noch entscheidender, entschlossener und wirksamere Maßnahmen gegen Hass- und Hassrede gegen soziale Brutalisierung und gegen Ausschluss. Wir wollen eine breite Wirkung. Leider ist das statistisch aufgezeichnete Hassverbrechen nur die Spitze des Eisbergs. Wir möchten, dass dieser Berg des Hasses und des Hasses und den Hass wegschmelzen – sogar unter der Oberfläche. So wollen wir auch die Exzesse kämpfen und angehen, die sich im Geheimnis verbreiten. Ganz klar: Wir sind nicht nur mit einem statistischen, sondern mit einer Sozialkurskorrektur befasst. Wir wollen kein Klima, in dem soziale Division sogar blühen kann „, sagte der stellvertretende Premierminister und Innenminister Thomas Strobl.

Inspiriert von Landesregierung BW

Details

Besuchen Sie uns auf: n-ag.de